

# BVN e.V.

## Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender  
Thomas Seiffert

**Kontaktadresse:**

Friedhelm Ardelt-Theeck  
Leuchte 35A

60388 Frankfurt/Main

Tel.: 06109 / 36751

Mobil: 0151-16559854

f.ardelt-theeck@molochautobahn.de

www.molochautobahn.de

### Rechenschaftsbericht 2016

Auch im Jahr 2016 bemühte sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) sich für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität und für eine ökologische Verkehrspolitik in Frankfurt am Main und insbesondere im Stadtteil Nordend einzusetzen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei wieder der Frankfurter Verkehrspolitik und dem geplanten Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt.

Wie schon zuvor legte die Bürgervereinigung Nordend e.V. dabei wieder besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA). Fachleute der BVN haben wieder wie gewohnt einen Großteil der dazu gehörenden organisatorischen Aufgaben, das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Besuch von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen des Stadtparlaments sowie Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. übernommen. Dazu gehörte die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen oder Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. war außerdem wieder verantwortlich für die Betreuung, Gestaltung und regelmäßige Aktualisierung bzw. Pflege der gemeinsamen Homepage der im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) zusammenarbeitenden Bürgerinitiativen und Umweltverbände. Diesem Internetauftritt kommt eine zentrale Rolle bei der schnellen und breiten Information der Bevölkerung zu. Die Homepage dient gleichzeitig auch als Informationsplattform für die Bürgervereinigung Nordend e.V. Sie wird regelmäßig von rund 2.000 Internetnutzern pro Monat besucht, welche sich auf diesem Weg unter [www.molochautobahn.de](http://www.molochautobahn.de) über die geplanten Projekte und den jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren und die geplanten Aktivitäten oder andere wichtige Termine informieren. Mehrere Hundert interessierte Bürgerinnen und Bürgern nutzen das regelmäßige Newsletter-Angebot. Mittels des Internets kümmert sich die BVN so auch regelmäßig um die Einladungen zu den regelmäßigen monatlichen Treffen des Aktionsbündnisses und zu anderen wichtigen Terminen wie auch die inhaltliche Abstimmung aller Beteiligten.

### Im Jahr 2016 sind in diesem Sinne folgende Ereignisse besonders hervorzuheben:

Mitte Januar bedankte sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. im Namen des Aktionsbündnisses Unmenschliche Autobahn in einem Schreiben bei den Grünen im Ortsbeirat 4 Bornheim/Ostend für das informative Gespräch im Dezember 2015. Dazu hatte sich die BVN die Mühe gemacht, für die Grünen noch mal die wichtigsten Punkte und Forderungen unterlegt mit den entsprechenden Begründungen schriftlich in einem Arbeitspapier darzulegen, welches auch für andere Ansprechpartner wie Ortsbeiräte, Stadtverordnetenfraktionen etc.

genutzt werden kann.

Im März nahm ein BVN-Vertreter an einem Pressegespräch des Rechtsanwalts zur Rechtslage bzw. Stand der Verfahren bei den Autobahnprojekten aus Sicht der Kläger sowie der Bürgerinitiativen teil. Dazu erschien schließlich Ende des gleichen Monats ein großer Artikel in der Frankfurter Neuen Presse.

In einem mehrseitigen Arbeitspapier mit dem Titel "Gründe für einen sofortigen Baustopp am Autobahndreieck Erlenbruch" stellten Fachleute der BVN detailliert die einzelnen Fakten und Argumente zusammen, die die Forderung nach einem sofortigen Baustopp, der nach Ansicht der Bürgervereinigung Nordend e.V. rechtswidrigen Baumaßnahme untermauern sollte.

Dieses Papier diente auch als Grundlage für ein Gespräch der Klägerseite Anfang April mit Vertretern von Hessen Mobil und dem Hessischen Verkehrsministerium, an welchem neben dem Rechtsanwalt und dem Planungsbüro auch Vertreter der BVN teilnahmen. Seitens der BVN und des AUA wurde einerseits die Rechtswidrigkeit des Autobahndreieck Erlenbruch als auch der Ausbau der A 661 als Voraussetzung für die geplante Anbindung der A 66 an die A 661 thematisiert, ohne den es unvermeidbar zu einem Verkehrskollaps im gesamten Frankfurter Osten käme. Zu diesem Gespräch wurde von Behördenseite offiziell ein Ergebnisprotokoll erstellt, welches im Nachhinein noch mit der Klägerseite abgestimmt wurde. Das Planungsbüro erstellte außerdem im Nachklang des Gesprächs ein "Anforderungspapier" für die bereits in Arbeit befindliche neue Verkehrsuntersuchung.

Im April wurde schließlich in der Presse bekannt, dass die Stadt Frankfurt am Main in Abstimmung mit Hessen Mobil und DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) sich ohne öffentliche Diskussion und Einbeziehung der Stadtverordnetenversammlung für eine Minimaleinhausung von nur 400 m über der A 661 und Wohnblöcke als bewohnte Lärmschutzwand entlang der Autobahn entschieden hatte. Die BVN reagierte darauf mit einer Presserklärung mit der Überschrift "Aktionsbündnis hält 'Wildbrücke' über A 661 für eine Schnapsidee" und kritisierte damit die nur 400 m lange Einhausung. Aufgrund der extremen Schadstoff- und Lärmemissionen sei diese „Grüne Mitte“ für den Aufenthalt bzw. die Erholung der Menschen praktisch völlig wertlos, für die es nicht Wert sei, ca. 100-Millionen Euro auszugeben. Es sei für die Bürgerinitiativen und den eigens eingerichteten Planungsbeirat eine einzige Brückierung seitens der Stadt, dass vier Jahre nach Präsentation der Ergebnisse des Planungsbeirats für das neue so genannte "Ernst-May-Viertel", in welchem offiziell auch ein Experte der BVN die Bürgerinitiativen im Aktionsbündnis offiziell vertrat. Schließlich hatte der von der Stadt Frankfurt für die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM) eingerichtete Planungsbeirat sich aus guten Gründen von Anfang an, nicht zuletzt auf Initiative der BVN einstimmig für eine durchgehende Einhausung von 1.200 m ausgesprochen und alle Teil-Einhausungsvarianten verworfen und entsprechend die drei im Wettbewerb befindlichen Planungsbüros beauftragt. Die Bürgerinitiativen fragten sich, wozu sie sich ehrenamtlich an einem städtischen Gremium beteiligt und ihre kostbare Freizeit geopfert hatten? "Ganz zu schweigen von den hohen Kosten für die ganzen Experten bzw. "Kapazitäten" aus Deutschland und der Schweiz, welche für teures Geld eingeladen wurden? Letzten Endes reine Steuergeld- und Zeitverschwendung!

Während die beteiligten Ortsbeiräte sich in der Folge nicht zuletzt auf Einwirken der BVN daraufhin weiterhin die komplette Einhausung der A 661 forderten, sprach sich die Regierungsmehrheit in der Stadtverordnetenversammlung lediglich für eine längere Variante aus und verwarf die komplette Einhausung als nicht mehr finanzierbar.

Nach der Kommunalwahl im Frühjahr 2016 ist es nicht zuletzt auch das Verdienst der BVN und der anderen beteiligten Bürgerinitiativen, dass einerseits die Einhausung der A 661 im Zusammenhang mit dem Ernst-May-Viertel als auch der Lärmschutz im bevorstehenden Planänderungsverfahren für den Bau der Autobahn A 66 Tunnel Riederwald im Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und Grünen thematisiert wurden: "Wir setzen uns ein für die Entwicklung von arrondierenden Wohngebieten im Ernst-May-Viertel und zu diesem Zweck und dem des Lärmschutzes für die partielle Einhausung der A 661 zwischen Bornheim und Seckbach. Bestehende Strukturen werden rücksichtsvoll in die Planungen mit einbezogen. Aus unserer Sicht stehen Bund und Land in der Pflicht, hierfür wesentliche Finanzierungs-

hilfe zu leisten. Darum werden wir uns bemühen, und ebenso eigene Finanzierungs-anteile übernehmen."

"Beim Bau des Riederwaldtunnels treten wir dafür ein, dass der größtmögliche Lärmschutz realisiert wird. Frankfurt wird im Änderungsplanfeststellungsverfahren für den Riederwaldtunnel und in einem möglichen neuen Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit der A661 eine eigene Stellungnahme abgeben und sich dabei auch der Unterstützung durch ein externes Fachbüro bedienen."

Noch mit Monat Juli führte das Städtische Planungsamt für die einzelnen Teilprojekte der geplanten Bebauung im Rahmen der Planung für das Ernst-May-Viertel und im Vorlauf offizieller Bebauungspläne Anhörungen in den verschiedenen betroffenen Ortsbezirken vor, an denen sich auch Fachleute der Bürgervereinigung Nordend e.V. beteiligten und explizit für die kompletten Einhausung der A 661 plädierten.

Im August wurde schließlich bekannt, dass auf Intervention des Hessischen Verkehrsministeriums der 6-streifige Ausbau der A 661 im neuen BVWP 2015 vom Vordringlichen in den Weiteren Bedarf zurückgestuft wurde. Die BVN nahm dazu in einer im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn (AUA) verfassten Presseerklärung Stellung. So bedeutete der vorläufige Verzicht auf den Ausbau der Autobahn A 661 von vier auf sechs Fahrstreifen unweigerlich auch das Aus für den Bau der A 66 Riederwaldtunnel, der so aus Sicht der BVN-Fachleute - mit Blick auf die neu in Auftrag gegebene Verkehrsuntersuchung mit Prognose für 2030 (die vierte seit 2001!) bei allgemein steigendem Verkehr und drastisch steigender Bevölkerungszahl in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet - nicht mehr genehmigungsfähig sein wird. Mit allen Mitteln wollten die Landesbehörden, den bereits laufenden Bau des Autobahndreiecks Erlenbruch wie auch den Bau der zweiten Fahrbahn der A 661 sowie des Riederwaldtunnels in der bereits planfestgestellten Form jetzt durchsetzen, um unter allen Umständen eine ganz neue Planung zu vermeiden.

Dieses Thema schlug so hohe Wellen, dass es nicht nur im Hessischen Landtag zu heftigen Debatten kam, sondern Fachleute der BVN von Presse und Rundfunk und sogar von der Hessenschau um Stellungnahmen bzw. Interviews gebeten wurde.

Neben Infoständen im Juni auf dem Stadtteilstfest der Linken im Riederwald und beim Tag des Kindes der Falken im Günthersburgpark organisierte die BVN im September noch einen Infostand beim traditionellen Rotlintstraßenfest der Grünen im Nordend. Hier startete die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis eine **neue** Kampagne für einen Baustopp am Autobahndreieck Erlenbruch und für die Einhausung der Autobahnen. Zu diesem Anlass wurde extra ein aktuelles Flugblatte entworfen und verteilt.

Darüber hinaus besuchten Sachverständige der BVN im Oktober Sitzungen der Ortsbeiräte 4 (Bornheim/ostend) und 11 (Seckbach,Riederwald,Fechenheim), um auf die neuen Planänderungsverfahren einerseits und vor dem unvermeidbaren Verkehrschaos im Frankfurter Osten andererseits zu warnen, wenn die hoch belastete sechsspurige A 66 tatsächlich - wie augenblicklich offiziell geplant -, an die nur 4-spurige - laut Ministerium über der Kapazitätsgrenze für eine 4-streifige Autobahn belastete - A 661 angebunden würde.

Noch im November erörterten Vertreter der BVN mit dem Rechtsanwalt die aktuelle Rechtslage und die möglichen weiteren Vorgehensweisen. Dazu hatte die BVN sich eingehend mit dem bisherigen Schriftwechsel des Rechtsanwalts mit dem Ministerium im Hinblick auf die Durchführung der Planänderungsverfahren für die Autobahn-Ostumgehung A 66/A661 incl. Autobahndreieck Erlenbruch befasst und einen entsprechenden schriftlichen Kommentar als Diskussionsgrundlage verfasst.

Im gleichen Monat ist es der Bürgervereinigung Nordend e.V. endlich gelungen, einen neuen modernen ausziehbaren Pavillon für Informationsstände anzuschaffen. Dieses relativ wetterfeste Zelt wurde von dem für entsprechende Anschaffungen "reservierten" Preisgeld für den Frankfurter Umweltpreis der Irene-und-Carl-Scherrer-Stiftung von 2010 finanziert. Der noch verbliebene Rest dieses Betrags steht für die geplante weitere Anschaffung von Informationstafeln etc. zur Präsentation von Plänen etc. zur Verfügung.

Mitte November richtete sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. in einem neunseitigen

Schreiben an den Hessischen Verkehrsminister Al-Wazir mit der Forderung, einen sofortigen Stopp aller laufenden Baumaßnahmen für das Autobahndreieck Erlenbruch mit Verweis auf die bestehende Rechtswidrigkeit zu veranlassen. In ihrer ausführlichen Begründung verwies die BVN auf die Tatsache, dass durch die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau der A 66 Alleentunnel, gleichzeitig auch der Planfeststellungsbeschluss für den Bau wie auch für den Betrieb der Autobahn Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 gemäß dem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel vom 6.12.1988 automatisch „nachträglich rechtswidrig“ geworden sei. Aufgrund dessen hatte das Ministerium bereits die Durchführung eines Planänderungs- und Teilaufhebungsverfahren für die Autobahn Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 auf Grundlage "neuer schalltechnischer und lufthygienischer Untersuchungen sowie einer neuen aktuellen Verkehrsprognose unter Berücksichtigung der aktuellen Sach- und Rechtslage", also auf Basis der heute geltenden Lärm- und Schadstoffgrenzwerte angeordnet. Laut Ministerium wird dem entsprechend der Bau der zweiten Richtungsfahrbahn der A 661 erst nach dem Erlass eines neuen Planänderungsbeschlusses erfolgen. Dazu veröffentlichte die BVN im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn ein entsprechend Presserklärung.

Zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn (AUA) startete die Bürgervereinigung Nordend e.V. schließlich noch im Dezember zum einen eine neue Unterschriftensammlung für einen sofortigen Baustopp am Autobahndreieck Erlenbruch verbunden mit der Forderung einer kompletten Einhausung der Autobahnen A 66 und A 661 sowie der klaren Ablehnung der Anbindung der 6-8-streifigen Autobahn A 66 Tunnel Riederwald an die nur 4-spurige Autobahn A 661, um einen unausweichlichen Verkehrskollaps zu verhindern.

Zum anderen wurde auch eine neue Spendenkampagne für den gemeinsamen Klagefond A 661/A 66 der Bürgerinitiativen gestartet, um sich einerseits mit fachlicher und rechtlicher Unterstützung gut auf die beiden bevorstehenden Planänderungsverfahren für die Autobahn Ostumgehung A 66/A 661 und die A 66 Tunnel Riederwald vorbereiten und diese entsprechend kritisch begleiten zu können und andererseits die Öffentlichkeitsarbeit bzw. die Information der betroffenen Bevölkerung in Form von Flugblättern etc. finanzieren zu können. Für die Unterschriftenaktion wie auch die Spendenkampagne organisierte die BVN im Namen des Bündnisses trotz kaltem Winterwetters zwei Informationsstände und veröffentlichte entsprechende Presseinformationen mit großer Resonanz in den Tages- und Wochenzeitungen.

Noch Mitte Dezember ließ der Hessische Verkehrsminister verlautbaren, dass die ersten Bauarbeiten zur Vorbereitung des Riederwaldtunnels möglicherweise schon im folgenden Jahr beginnen könnten. Die BVN nahm dazu noch zwischen den Jahren in einer Presseerklärung stellvertretend auch für die anderen Bürgerinitiativen Stellung, in welcher sie davor warnte, angesichts der Lage, wie angekündigt, die Vorbereitungsarbeiten im Riederwald durchführen zu lassen und damit ohne Not aus dem Erlenbruch eine Jahrzehnte lange Großbaustelle zu machen, ohne dass der tatsächliche Tunnelbau - wegen fehlendem Baurecht - abzusehen wäre. Schließlich wurde hier in den vergangenen Jahren mit der unnötigen Vernichtung von Kleingartenflächen, die noch viele Jahre hätten weiter betrieben werden, schon genug Schaden angerichtet und seit 2013 brachliegende Baustellen geschaffen!

Gleichzeitig stiegen noch zwischen den Jahren Mitglieder der BVN in die Archive, um der Bitte eines Redakteurs der Frankfurter Neuen Presse zu entsprechen, um für einen längeren Artikel diesem den Verlauf der Autobahnplanung und die damit verbundenen Diskussionen, Proteste und Entscheidungsprozesse seit den 60er Jahren anhand von gesammelten Unterlagen zu schildern bzw. zu erläutern.

Frankfurt am Main, 27. November 2017

Thomas Seiffert  
(1. Vorsitzender)